

PARLAMENT

Smarte Lösung

Der Fahrdienst des Bundestags ist finanziell angeschlagen. Der Grüne Ströbele will die Limousinen durch Elektroautos ersetzen.

Zentralbank bei ihrer Arbeit. Denn die wollen längst mehr. Auch wenn die Schuldenkrise vorbei sein mag, kämpfen die Währungshüter längst mit anderen Geistern: Die Inflationsrate ist derzeit derart niedrig, dass einige Ökonomen schon vor einer Deflation warnen, einer ökonomisch höchst schädlichen Absenkung des allgemeinen Preisniveaus also.

Bei den zuständigen Fachleuten in der Frankfurter Notenbank liegen längst Notfallpläne in den Schubladen, wie einer womöglich drohenden Deflation zu begegnen wäre. Wenn sich die Lage weiter verschlimmert, ist die EZB bereit, auch hier mit neuen Waffen loszuzufeuern. Zudem wird immer wieder die Möglichkeit diskutiert, dass die EZB Banken zumindest gewisse verbrieftete Kredite abkauft.

„Quantitative Easing“ ist ein anderes Schlagwort, das in den vergangenen Wochen wieder häufiger fällt – damit sind bedingungslose Anleihekäufe auf breiter Front gemeint, wie sie die amerikanische Notenbank Fed schon seit Jahren unternimmt. Solche Käufe sind zwar wesentlich voluminöser als das OMT. Weil sie aber nicht nur Anleihen einzelner Problemstaaten umfassen, sondern solche aller Euro-Mitglieder, gelten sie vielen Notenbankern als eher vereinbar mit dem Mandat der Notenbank.

Trotzdem sorgen solche Ideen regelmäßig für hitzigen Streit mit konservativen Geldpolitikern, die verhindern wollen, dass die EZB zur Förderbank der Euro-Zone mutiert. Die harten Worte der Karlsruher Richter seien nun noch massiver als die interne Kritik, heißt es bei europäischen Notenbankern. Die Juristen des Bundesverfassungsgerichts würden wahrscheinlich auch Instrumente wie das Quantitative Easing verbieten.

Gut möglich. Die Karlsruher Europa-Kontrollreure fühlen sich mit ihrem Beschluss stärker denn je. Erstmals haben sie gewagt, was sie seit Jahren immer nur angekündigt hatten: eine europäische Entscheidung als „ultra vires“ zu brandmarken und damit ihre Ungültigkeit vor dem deutschen Grundgesetz festzustellen. Diesen Vorwurf auf den Weg nach Europa zu bringen hat für den Ruf des Gerichts und seine Autorität weitreichende Folgen: „Der Beschluss wird jetzt in die anderen 23 Amtssprachen der EU übersetzt und allen EU-Staaten zugestellt“, freut sich ein Karlsruher Insider.

Nur ein Antrag auf „beschleunigtes Verfahren“ beim EuGH könnte verhindern, dass sich ganz Europa in aller Gründlichkeit mit der Karlsruher Kritik beschäftigt. So einen Antrag hätte der Karlsruher Senat in Luxemburg stellen müssen. Das hat er aber nicht.

MELANIE AMANN, SVEN BÖLL,
THOMAS DARNSTÄDT, DIETMAR HIPPE,
GORDON REPINSKI, ANNE SEITH

Als Hans-Christian Ströbele vor kurzem einen Kreuzbandriss hatte, warf er seine Prinzipien über Bord: Er stieg in eine jener schwarzen Limousinen mit verdunkelten Fensterscheiben, die jeden Tag vor dem Reichstag warten. In Lederpolstern versunken glitt er über die Straßen der Hauptstadt. „Bequem ist das schon“, sagt Ströbele, „aber ich fühle mich der realen Welt entrückt.“ Die Weltferne ist derzeit noch das geringste Pro-



Kanzlerin Merkel*, E-Smart: Mit gutem Beispiel vorangehen

blem mit der Fahrbereitschaft des Deutschen Bundestags. Die Firma RocVin, die den Abgeordneten das ganze Jahr über Chauffeur und Wagen stellt, ist wegen unbefriedigender Arbeitsbedingungen und laxer Umweltstandards stark in die Kritik geraten. Zudem steckt das Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten. Nicht wenige im Berliner Politikbetrieb wollen die Firma jetzt loswerden.

Mit dem Umzug von Bonn nach Berlin hatte die Bundestagsverwaltung beschlossen, die Fahrbereitschaft an eine externe Firma auszulagern. Den Millionenauftrag holte sich bisher stets RocVin. Doch das Unternehmen entspricht nicht mehr den Standards, die im Bundestag von vielen Abgeordneten propagiert werden. Die Firma zahlt ihren Fahrern zwar einen Mindestlohn von 8,50 Euro. Aber unter den Beschäftigten herrscht große Unsicherheit: Die Chauffeure werden auf Abruf einge-

* Mit Daimler-Chef Dieter Zetsche (l.) und Autolobbyist Matthias Wissmann in Berlin.

setzt, ihre Verträge sind nicht selten befristet, viele arbeiten in Minijobs. Nicht nur Ströbele sagt, er habe da ein schlechtes Gewissen.

Bis Januar befand sich RocVin in einem sogenannten Schutzschirmverfahren. Das Management sollte in dieser Zeit unter Aufsicht einen Plan entwickeln, um die Firma umzustrukturieren und aus der finanziellen Schieflage zu befreien. Die Bundesagentur für Arbeit unterstützte den Versuch – mit Geld.

Unklar ist bislang, wie RocVin trotz Dumpingbedingungen und Millionen aus der Staatskasse überhaupt finanziell ins Straucheln geraten konnte. Fest steht: Die Firma unterhielt neben dem Fahrdienst auch noch einen Autohandel. Über spezielle Konditionen des Bundestags soll sie günstig an Neuwagen von Daimler gelangt sein. Nach einigen Monaten wurden die Fahrzeuge weiterverkauft. Doch das Geschäftsmodell scheint sich für RocVin nicht gelohnt zu haben. Das Unternehmen teilt zwar mit, inzwischen auf dem Weg der Besserung zu sein, aber der

Abgeordnete Ströbele findet, es sei nun an der Zeit, radikal umzudenken. In Zeiten der Energiewende sei der dicke Luxusschlitten ohnehin kein adäquates Statussymbol mehr. Der Bundestag solle mit gutem Beispiel vorangehen, soziale und ökologische Standards seien wichtiger als das billigste Angebot.

Ströbele träumt von einer Öko-Flotte. „Fahrräder für die kurzen Strecken zwischen den Regierungsgebäuden. Und für die längeren Stadtfahrten sollten wir Elektroautos mieten.“ Der Grüne

glaubt, bereits idealen Ersatz für RocVin gefunden zu haben: Die Blacklane GmbH in Friedrichshain-Kreuzberg will E-Smarts mit Chauffeur in ihr Angebot aufnehmen. Dass das Unternehmen ausgerechnet aus seinem Wahlkreis kommt, scheint kein Problem für ihn zu sein – im Gegenteil.

Um seine Idee voranzubringen, hat Ströbele sich bereits an das Bundestagspräsidium gewandt, wo seit Ende vorigen Jahres seine alte Weggefährtin sitzt. Er und Claudia Roth, seit Oktober Vizepräsidentin, kennen sich schon seit den achtziger Jahren. Damals demonstrierten sie gegen Atomwaffen und später gegen alles Mögliche, vor allem für eine saubere Umwelt. Statt weiter zu demonstrieren, will Ströbele nun handeln. Er hat Roth einen Prospekt von Blacklane in die Hand gedrückt, etwa zehn Tage ist das her.

Das Problem ist nur, dass Demo-Freundin Claudia inzwischen auf der anderen Seite zu stehen scheint. Die Firma RocVin erbringe konstante Leistungen, heißt es aus dem Präsidium.

NICOLA ABÉ